# Der Stadtrat als zahnloser Tiger

Der Stadtrat gibt immer mehr Kompetenzen ab, an Aufsichts-, Verbands- oder Stiftungsräte. Die Folge ist ein massiver Verlust an kommunaler Demokratie und öffentlicher Kontrolle

Wer im Januar 2005 die monatliche Vollsitzung des Stadtrates als Zuschauer besuchen wollte, wurde enttäuscht: In weniger als einer Stunde war die Sitzung vorbei und alle gingen nach Hause – mangels Masse war die Tagesordnung schnell abgearbeitet. Die März-Sitzung zwei Monate später hat das sogar noch getoppt: Sie fand erst gar nicht statt. OB Lauer brachte nicht genug besprechungsreife Tagesordnungspunkte zusammen. Und auch die Mai-Sitzung: Totalausfall.

Was ist los? fragt man sich da. Gibt es in der Bamberger Kommunalpolitik nichts mehr zu diskutieren – ist unsere kleine Welt so heil? Muss der Stadtrat denn nicht Entscheidungen darüber treffen, was in Bamberg passiert?

## Einschneidender Kompetenzverlust

Tatsächlich sind die seit einiger Zeit ziemlich mageren Tagesordnungen ein äußerliches Indiz dafür, wie viele Zuständigkeiten die Stadt mittlerweile abgegeben hat – an GmbHs, Zweckverbände, Stiftungen usw. Gerade in der jüngsten Zeit ist der Kompetenzverlust des Stadtrats massiv geworden:

- Die Stadtwerke (Busse, Bäder, Energie, Parkhäuser) wurden in mehrere GmbHs umgewandelt, das Energieunternehmen wurde sogar teilprivatisiert Entscheidungen treffen die Geschäftsführer, unterstützt von den Aufsichtsräten (jeweils 9 Mitglieder).
- Klinikum, Nervenklinik St. Getreu sowie die Altenheime Antonistift und Bürgerspital gingen in der neuen Sozialstiftung auf Entscheidungen trifft der Stiftungsvorstand, unterstützt vom 12-köpfigen Stiftungsrat.
- Schulaufwandsträger für die Bamberger Gymnasien ist der zusammen mit dem Landkreis gegründete Zweckverband Gymnasien Entscheidungen trifft jetzt die 10-köpfige Verbandsversammlung.
- Für den städtischen Kulturetat ist die von der Stadt gegründete Stiftung Weltkulturerbe zuständig Entscheidungen trifft jetzt der 7-köpfige Stiftungsvorstand, unterstützt vom Kuratorium.

Schon seit Jahren bzw. Jahrzehnten gibt es die Stadtbau GmbH, die Stadthallen GmbH, die Zweckverbände für das Müllheizkraftwerk, für die Berufsschulen, für die Sparkasse und noch weitere vergleichbare Instituionen.

Solche "Auslagerungen" sind nicht pauschal zu verurteilen. Sie ermöglichen z.B. eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis bei den Zweckverbänden, sie sind eine sicher wirksame Reaktion auf die Marktkonkurrenz, in der städtische Unternehmen zunehmend stehen, und sie vermeiden für den Geschäftsgang schwerfällige Stadtratsentscheidungen. Folge ist aber trotz dieser Vorteile eine tiefgreifende Veränderung der demokratischen Willensbildung in unserer Stadt. Auch wenn

die meisten Gremien mit demokratisch gewählten Mitgliedern aus den Reihen des Stadtrats besetzt sind, teilweise orientiert an den Fraktionsstärken, entziehen sie sich doch elementar einem der wichtigsten Aspekte von Demokratie: der Öffentlichkeit und der Transparenz. Weder Bürgern und Bürgerinnen noch den Medien ist es möglich, den Entscheidungsfindungen direkt beiwohnen und diese aus eigenem Urteil bekannt zu machen.

# Maulkorb für Aufsichtsräte

Bis auf die Zweckverbände tagen alle genannten Gremien nichtöffentlich. Was über die Sitzungen nach außen dringt, bestimmt der Vorsitzende, also in der Regel Oberbürgermeister Lauer. Das einfache Gremien-Fußvolk bekam von ihm einen Maulkorb umgehängt: Noch nicht einmal den FraktionskollegInnen darf über Inhalte der Sitzungen berichtet werden. StadträtInnen, die keiner Fraktion angehören, bzw. kleine Fraktionen stehen in der Regel ganz außen vor: Wenn sie wissen wollen, was etwa in der Sozialstiftung oder bei den Stadtwerken abgeht, sind sie auf die wenigen KollegInnen angewiesen, die sich über solche Vorgaben hinwegsetzen, ansonsten bleibt nur: Zeitung lesen. Und auch bei den Zweckverbänden hilft die Öffentlichkeit wenig: Ohne entsprechende Sitzungsunterlagen ist eine Teilnahme für die Katz - Unterlagen bekommt man aber wiederum nur als offizielles Mitglied in der Zweckverbandsversammlung.

Oft genug ist aber auch die Informationspolitik innerhalb der Aufsichts-, Stiftungs- und Verbandsräte mehr als dürftig. Der jeweilige Vorsitzende und sein Geschäftsführer (in Person des Oberbürgermeisters und eines städtischen Angestellten) halten die eigentlichen Fäden in der Hand, denn allein sie haben über die laufenden Geschäfte und Internas die volle Kenntnis. "Maul halten und zustimmen!" - so muss man die von OB Lauer ausgegebene Maxime wohl oder übel interpretieren. Die meisten StadträtInnen geben sich damit auch zufrieden. Die Politik hat ihren Gestaltungsanspruch aufgegeben und nimmt die von den Geschäftsleitungen vorgegebenen Entscheidungen letztlich nur noch zur Kenntnis.

# Städtischer Haushalt schrumpft

Was hier demokratietheoretisch klingt, macht sich jedoch im alltäglichen Leben bemerkbar: Ob und wie Bustarife steigen, wie teuer Strom und Gas sind, wie Menschen im Krankenhaus und im Altenheim betreut und versorgt werden oder ob unsere Kinder in gut oder schlecht ausgestatten Schulen lernen – das wird heutzutage nicht mehr im demokratisch legitimierten Stadtrat diskutiert.



Immer seltener, immer kürzer: öffentliche Sitzungen im Rathaus

Eklatant deutlich wird dies auch bei einem Blick auf den städtischen Haushalt, der zwar alljährlich im Dezember ausführlich und mit großem Medieninteresse diskutiert wird, aber immer weniger Bedeutung hat. Nur noch ein Teil der Finanzen des "Konzerns" Stadt ist im eigentlichen Haushaltsplan veranschlagt. Der Rest fließt anderswo – ohne dass der Stadtrat darauf noch einen nachhaltigen Einfluss hätte.

# Der Markt entscheidet

Wie, wohin und warum dieses Geld fließt, bestimmen immer weniger politische Debatten und demokratisch legitimierte Zielvorgaben, sondern das rein betriebswirtschaftlich orientierte Handeln der Geschäftsleitungen. Und Kostenreduzierung ist da oberstes Gebot. Personal wird nicht mehr von der Stadt angestellt, sondern von eigens dafür gegründeten GmbHs, weil dann die Löhne nicht mehr dem Tarif im öffentlichen Dienst unterliegen - wie etwa bei allen in den letzten Jahren neu eingestellten Busfahrern oder Reinigungs- und Küchenkräften. Wichtig ist, was am Jahresende unterm Strich rauskommt. Dass städtische Altenheime oder Verkehrsbetriebe auch politische Instrumente sein könnten, um z.B. das Leben im Alter in einer Stadt würdig zu gestalten oder mehr Verkehrsberuhigung und weniger Schadstoffbelastung in der Innenstadt zu erreichen, steht so out wie nicht mehr zur Debatte. Das Augenmerk wird vor allem gerichtet auf Markteffizienz, Konkurrenzfähigkeit und Bilanzen.

Zurückgeblieben sind 44 Stadtratsmitglieder, denen allmählich klar wer-

den sollte, dass sie einen Großteil ihrer Entscheidungsbefugnisse wissentlich an eine anonyme Instanz namens "Markt" übertragen haben. Das Gemeinwohl – jenes sonderbare Ziel, dem sich der Stadtrat eigentlich verpflichtet sehen müsste – spielt im Marktgeschehen aber – wenn überhaupt – nur eine unbedeutende Nebenrolle.

# Neoliberale Tendenz bundesweit

Bei all dem handelt es sich beileibe nicht um eine Bamberger Besonderheit, sondern um eine neoliberale Tendenz, die - mehr oder weniger stark - in allen bundesdeutschen Kommunen zu beobachten ist. Dass wichtige politische Bereiche der demokratisch-öffentlichen Diskussion entzogen werden, hat die GAL seit jeher kritisiert. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Umdenken nötig, um diese Entwicklung aufzuhalten. Konkret in Bamberg hat jedoch die Geschäftspolitik der städtischen Konzerntöchter schleunigst wieder dort auf der Tagesordnung zu stehen, wo sich die von den BürgerInnen gewählten MandatsträgerInnen befinden: im Sitzungssaal im Rathaus. Und der Maulkorb-Erlass des Oberbürgermeisters sollte umgehend befördert werden, und zwar in den Papierkorb. Weiterhelfen könnte hier immerhin eine Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts Regensburg, das eine allumfassende Nichtöffentlichkeit von Aufsichtsratssitzungen vor kurzem ablehnte. Die GAL stellte daraufhin sofort den Antrag, die Praxis in Bamberg auf ihre (Un)Rechtmäßigkeit zu überprüfen, was derzeit im Rathaus geschieht.

# Günstlingswirtschaft

und

# Konzeptionslosigkeit

Rückblick und aktueller Sachstand zum Warmuth-Prozess

Seite 2

### Verfangen im Mobilfunk-Netzplan?

Der jüngste Beschluss des Stadtrats, einen Netzplan für Mobilfunkstationen in Bamberg erstellen zu lassen, hat auch seine Tücken: Es wird neue Antennen geben.

Seite 3

# Lindenstraße Schillerplatz?

Im E.T.A.-Hoffmann-Theater läuft derzeit eine Endlos-Serie: Immer neue Kostenmehrungen für die Theatersanierung werden vorgelegt.

Seite 4

# Kleine Schritte wären möglich ...

... doch die CSU stellt sich als Bremsklotz gegen jeden verkehrspolitischen Fortschritt. Die <u>942</u> blickt auf die aktuell diskutierten Vorschläge.

Seite 5

# Hängematten und Wickeltisch

Einige Ideen für ein noch charmanteres Hainbad – für Groß und Klein – für Sommer und Winter.

Seite 6

# Ohne Mampf kein Dampf

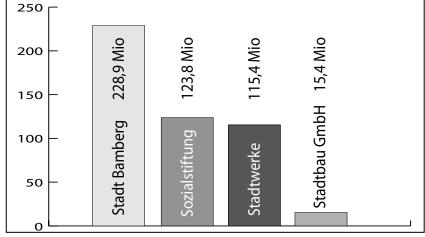
Gerade die Mittagsverpflegung macht deutlich, wie überstürzt und konzeptionslos die bayerische Staatsregierung das G8 eingeführt hat. Ein ordentliches Mittagsangebot stand nicht auf der to-do-Liste der Stoiber-Regierung.

Seite 7

### In der 33Zeuse:

- Investorenbeteiligung kommt vor Bürgerbeteiligung
- Inoffizieller Mobilfunk im
- Pachtfreie Zone Schillerplatz?

Seite 8



Die Stadt selbst hat nur noch über einen Teil des Geldes die Entscheidungshoheit. In der Grafik nicht aufgeführt: weitere neun Zweckverbände, Stiftungen und GmbHs, deren Haushalte sich zusammen in dreistelliger Millionenhöhe bewegen. (Zahlen aus 2003/04)

Stadt Bbg = Vermögenshaushalt, Verwaltungshaushalt und Haushalt des EBB Stadtwerke = alle Einzelbetriebe Energie/Wasserversorgung, Verkehr/Park, Bäder, Stadtbus und Holding

# Günstlingswirtschaft und Konzeptlosigkeit

Rückblick auf die Stationen der Warmuth-Affäre – eine Chronologie mit noch offenem Ausgang



Zwei Verträge, aber nur ein Ziegelbau – das kann der Stadt noch teuer kommen Karikatur: Christiane Pfohlmann

30.6.1993: Die Stadt Bam- Ziegelbau in einer Hand blei-Warmuth Feinkost Partyser-Warmuth übernimmt die gastronomische Bewirtschaftung der Konzert- und Kongresshalle. Der Vertrag läuft mindes-30.6.1998 gekündigt werden.

In den folgenden Jahren sucht die Stadt erfolglos einen Investor, der neben der Konzerthalle ein Hotel baut und den denkmalgeschützten Kaliko-Ziegelbau für Kongresse saniert. Erst di May mit seiner Firma "all-Firma "Sorat" Interesse an. Der Stadtrat begrüßt dies mehrheitlich, wünscht aber, dass die Be- Stadtverwaltung zähe Verhandwirtschaftung von Halle und lungen mit Warmuth stattfin-

berg schließt mit der "Robert ben, also eine Kooperation zwischen Warmuth und Sorat. Tatvice GmbH" einen Vertrag ab: sächlich ist Sorat bereit, sich auf ein so genanntes "Hotel garni" zu beschränken und überlässt Warmuth die Gastronomie in den künftigen Kongressräumen tens fünf Jahre und kann zum im Ziegelbau. Wirtschaftsreferent Gegenfurtner kündigt fristgerecht den bestehenden Vertrag mit Warmuth, damit ein neuer Vertrag über Halle plus Ziegelbau geschlossen werden kann. Andere Firmen, die sich für eine Bewirtschaftung von 1997 melden Bauinvestor Ru- Halle und/oder Ziegelbau interessieren, werden von der Stadt bau" und die Hotelbetreiber- nur noch abgewiesen: kein Be-

Während nach Angaben der

den, können bereits im April 1998 die entscheidenden Gremien der Stadt mehrheitlich den Verträgen mit allbau und Sorat zustimmen. Doch kurz vor dem Notartermin platzt das Geschäft: Weil die Firma Sorat in Finanznöten ist und aussteigt, nimmt auch allbau Abstand von dem Projekt, wie in einer Meldung im FT vom 18.6.98 zu le-

Der Bindung der Stadt an Warmuth tut dies offensichtlich keinen Abbruch. Eine gute Woche später (am 24.6.98) unterzeichnen Oberbürgermeister Lauer und Robert Warmuth folgende vertragliche Vereinbarungen: einen Bewirtschaftungsvertrag für die Konzerthalle und eine Zusatzvereinbarung, die eine Bewirtschaftung des Ziegelbaus

nach dessen Sanierung zusichert. Dem Stadtrat wird dieses Vertragswerk nicht noch einmal vorgelegt, OB Lauer handelt eigenmächtig - als Begründung dafür nennt er später Zeitdruck, denn nach dem 30.6.1998 (Ende des bestehenden Hallenvertrags mit Warmuth) wäre die Konzerthalle sonst ohne Gastronomie dagestanden.

kein ernsthafter Interessent für ein Hallenhotel mehr auf. Um das Projekt anzustoßen, beschließt der Stadtrat den Ziegelbau in Eigenregie zu sanieren. An Warmuth hält man auch bei diesen Plänen fest, noch im Juli 2000 erhält er von OB Lauer ein Vertragsangebot (als Ergänzung zur Zusatzvereinbarung) über die künftige Pacht für den Ziegelbau, auf das er allerdings nicht eingeht.

Im Laufe des Sommers 2000 wird immer deutlicher, dass die "Hotel garni"-Lösung nicht zu halten sein wird, weil kein Hotelbetreiber auf die lukrative Kongressbewirtschaftung des Ziegelbaus verzichten will. Die Zusatzvereinbarung mit Warmuth ist ein echtes Hindernis. Außerdem ist der Stadt für die Ziegelbausanierung mittlerweile das Geld ausgegangen: Baustopp. Daraufhin teilt OB Lauer der Firma Warmuth am 22.9.2000 schriftlich mit, dass er die Zusatzvereinbarung über den Ziegelbau für hinfällig hält. Wegen der schlechten Haushaltslage der Stadt werde es in nächster Zeit nicht zu einer Sanierung kommen, worüber man sich bei Vertragsschluss nicht klar sein konnte. OB Lauer sieht darin den Grund für eine so genannte Irrtumsanfechtung.

Am 13.3.2002 beauftragt die

Stadt den Unternehmensberater Prof. Dr. Walchshöfer, einen neuen Investor an Land zu ziehen. Unter den neuen Bedingungen gelingt ihm das auch sehr rasch. Bereits im November ist alles in trockenen Tüchern. Die Stadt saniert den Ziegelbau selbst, als Investor baut die Firma "Kommunalprojekt Leipzig" das Hotel, Betreiber In den nächsten Jahren taucht wird das Unternehmen "Welcome Hotels". Mit Welcome schließt die Stadt einen Bewirtschaftungsvertrag für den Ziegelbau ab (obwohl es durch die Zusatzvereinbarung eine gleichlautende Zusicherung schon ge-

> genüber Warmuth gibt). Robert Warmuth ist also raus aus dem Ziegelbau-Geschäft, will sich damit aber nicht zufrieden geben und reicht Klage ein. Bald geht es nicht mehr nur um den Ziegelbau, sondern auch um die Hallenbewirtschaftung.

Denn die Stadt will Warmuth auch aus der Halle raus haben und hat den eigentlich noch bis 2008 laufenden Vertrag über die Hallengastronomie gekündigt, wogegen Warmuth ebenfalls klagt.

Im September 2004 kommt es vor Gericht zu einem Teilvergleich: Gegen eine Abfindung von 300.000 Euro verlässt Warmuth zum Jahresende die Konzerthalle. Seine Schadensersatzforderungen gegen die Stadt (wegen entgangenen Gewinnen aus Bewirtschaftung von Halle und Ziegelbau) bleiben davon allerdings unberührt. Im Dezember 2004 bekommt Warmuth in erster Instanz vor dem Landgericht Bamberg Recht: In einem Teilurteil wird ihm grundsätzlich Anspruch auf Schadensersatz zugestanden, wogegen die Stadt umgehend Revision einlegt. Die Höhe der Anspruchs ist allerdings noch nicht beziffert, denn sie ist Gegenstand eines gesonderten Verfahrens. Im Raum steht Warmuths Forderung von 3,5 Mio Euro.

### Warmuth und CSU

# Mauschelei und Clinch

Seit Anfang 2005 liegt auch die CSU im Rechtsstreit mit Warmuth. Für die Ausrichtung einer Kommunalwahlkampf -Veranstaltung im Januar 2002 fordert Warmuth eine Spendenquittung in Höhe von 18.000 Euro ein. Für diesen Betrag, so behauptet Warmuth, hat er im Hegelsaal rund 600 Gäste (so der FT-Bericht vom 31.1.02) bewirtet. Die CSU bestreitet eine Spendenvereinbarung nicht, wehrt sich aber gegen die Höhe des Betrags und verlangt eine genaue Abrechnung. Die könne er aber jetzt nicht mehr liefern, kontert Warmuth.

Welche nebulösen Abmachungen zwischen Warmuth und CSU-Spitze damals auch getroffen wurden, festzuhalten bleibt: Die CSU hat sich bei ihrer Party von Warmuth freihalten lassen. Und das zu einer Zeit, als Warmuth noch berechtigte Hoffnung hatte, im Ziegelbau-Geschäft weiter mitzumischen. Da liegt die Vermutung nahe, dass sich Warmuth zum damaligen Zeitpunkt einen Nutzen davon versprochen hat, die CSU zu beschenken, auch wenn seine Rechnung später bekanntermaßen nicht aufging.

# "OB Lauer hat das Risiko für die Stadt verschleiert und verharmlost"

Im Warmuth-Prozess drohen der Stadt Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe - Grund ist juristische Schlamperei im Rathaus

Ein Interview mit Ralf Dischinger und Peter Gack zur wohl teuersten Affäre der Stadt (siehe Artikel oben)

men?

Ralf Dischinger: Die Stadtverwaltung und an ihrer Spitze liert der Oberbürgermeister haben schlampig gearbeitet. Immer dann, wenn's darauf ankam, haben die Juristen im Rathaus einschließlich OB Lauer, der ja auch Jurist ist - versagt. Das Ergebnis ist eine unklare Vertrags-

# "OB Lauer war blauäugig und naiv."

lionen kosten kann.

397: Das heißt, es war ein Fehler, im Jahr 1998 mit Warmuth die Zusatzvereinbarung über den Ziegelbau einzugehen?

Ralf Dischinger: Aus rechtlicher Sicht ist an sich nichts dagegen einzuwenden, aber eine solche

312: Wie konnte es überhaupt Vereinbarung muss handwerkzu diesem Rechtsstreit kom- lich in Ordnung sein. Im vorliegenden Fall hat man sie jedoch uneindeutig und vage formu-

عمر: Wurde die Firma Warmuth damals bevorzugt behan-

Peter Gack: Ja, denn andere Bewerber wurden nicht einmal in Erwägung gezogen. Dem Stadtrat wurden keine Alternativen

zu Warmuth vorgelegt. OB Lauer, Wirtschaftsreferent und Stadtratsmehrheit wollten Warmuth unbedingt. Des-

situation, die uns alle noch Mil- halb hat die GAL auch gegen den Vertrag mit Warmuth ge-

> 99Z: Das Konzept der Warmuth-Befürworter war aber im Zusammenhang mit allbau/Sorat schlüssig. Es brach erst zusammen, als diese ausstiegen.

Peter Gack: Das stimmt, bemer-

tig und ohne dem Stadtrat den über die Hallenbewirtschaftung den. Entwurf nochmals vorzulegen seine Unterschrift darunter setzte, waren allbau/Sorat bereits abgesprungen! Es war zu diesem Zeitpunkt also völlig unklar, ob das "Hotel garni"-Konzept auch bei einem anderen Investor und einem anderen Hotelbetreiber Bestand hat.



Ralf Dischinger ist Vorstandsmitglied der GAL Bamberg, Oberlandesgericht Jena. scher Sprecher.

schließen können, und beim 37: Mit Warmuth diese Zusatz-Ziegelbau erst einmal abwarten. 99Z: Warum haben der Oberbürgermeister und seine Rechtsberater dann trotzdem so gehan-

eine Mischung aus Überfor-



Peter Gack, Dipl. Betriebswirt, ist seit 1996 für die hauptberuflich Richter am GAL Mitglied im Bamberger Amtsgericht, derzeit tätig am Stadtrat und finanzpoliti-

kenswert ist allerdings, wann Ralf Dischinger: Tatsächlich gab sicht und ungenügendem jurisgenau es zu der Zusatzverein- es keinen zwingenden Grund tischem Können. Ob sich dazu 312: Aber was wäre denn die barung mit Warmuth kam. Als zur Eile im Juni 1998. Man hät- dann auch noch Korruption beider OB - übrigens eigenmäch- te mit Warmuth einen Vertrag mischt, kann nur vermutet wer-

> vereinbarung zu treffen, obwohl das Konzept dafür gerade zusammengebrochen war, ist also der erste Fehler gewesen. Zwei Jahre später wollte man War-Ralf Dischinger: Das war wohl muth aus dem Ziegelbau draußen haben und schloss einen Vertrag mit der Firma Welcome, die ja heute tatsächlich Hotel und Ziegelbau betreibt. War das der zweite Fehler?

Ralf Dischinger: Ia, das war der zweite und größte Fehler von OB Lauer. Als er Warmuth nicht mehr die Stange halten wollte, war er so blauäugig und naiv anzunehmen, dass die Stadt die Zusatzvereinbarung einfach anfechten kann und dann der Weg frei ist für einen neuen Vertrag mit Welcome. Dabei war seine schriftliche Anfechtung - von Lauer unterschrieben! - auch noch dilettantisch formuliert und rechtlich nicht fundiert. Das ist bei so vielen Juristen im Rathaus eigentlich un-

Alternative gewesen? Die Stadt hatte immerhin den lange herbei gesehnten Hotelinvestor und einen Betreiber an der Angel, und Warmuth stand im Wege.

Peter Gack: Man hätte mit Warmuth verhandeln müssen. Die Situation damals war doch klar: Hotelbau und Ziegelbausanierung waren nur machbar, wenn danach Hotel und Ziegelbau auch zusammen betrieben werden, also ohne Warmuth. Hätte die Stadt gemäß der Zusatzvereinbarung weiterhin an Warmuth festgehalten, wäre es nie zu einer Sanierung des Ziegelbaus gekommen und Warmuth hätte auch nichts zu bewirtschaften gehabt. Das hätte man ihm deutlich machen und die Vereinbarung in gegenseitigem Einvernehmen lösen müssen. Stattdessen ist OB Lauer aber auf Konfrontationskurs gegangen. 992: Hat der Oberbürgermeis-

ter erwartet, dass er damit so einfach durchkommt?

Peter Gack: Jedenfalls hat er das

Fortsetzung Seite 3



# Verfangen im Mobilfunk-Netzplan?

Die nächste Runde im Ringkampf Mobilfunk ist eingeläutet. Im April beschlossen die Senate für Bauen und Umwelt einstimmig, dass künftig ein so genannter Netzplan die Sendestationen im Stadtgebiet festlegen soll. Doch was sich auf Anhieb plausibel und sinnvoll anhört, hat bei näherer Betrachtung durchaus seine Tücken.

Der Netzplan soll von einem unabhängigen Institut in Zusammenarbeit mit den Mobilfunkfirmen erstellt werden. Stadtverwaltung, BürgerInnen oder MedizinerInnen sitzen aber nicht mit am Tisch. Es geht einzig und allein um eine technische 3-D-Planung, bei der alle möglichen Häuserschluchten, Strahlenreflexionen und sonstigen Bedingungen für den Funk vermessen werden. Ziel ist, Standorte für Mobilfunkantennen zu finden, so dass diese mit möglichst geringer Leistung ein "ausreichendes" Netz garantieren. Es ist (zumindest bisher) auch nicht Teil des Auftrages, auf sensible Bereiche, wie Schulen und Kindergärten, Altenheime und Krankenhäuser, besondere Rücksicht zu nehmen. Nach den aktuellen Vorgaben könnten also durchaus auch Standorte in der Nähe solcher Einrichtungen das Er-

# Mobilfunkfirmen am längeren

Vodafone, e-plus, T-Mobile und O<sub>2</sub> haben bei dem Konzept eine gewichtige Rolle. Sie sind nicht nur in die konkrete Planung eingebunden, sondern sollen sich nach dem Willen der Stadtverwaltung und der CSU als Antragstellerin auch an den nicht unerheblichen Kosten (schätzungsweise 50.000 bis 100.000 Euro) beteiligen. Der Einfluss auf die Arbeit des beauftragten Instituts dürfte dadurch nicht gerade geringer werden.

Doch der Standpunkt der

39Z: Wie wurde der Stadtrat

Peter Gack: Mehr als dürftig. Die

angemahnt. Aber OB Lauer be-

hauptete immer, dass es eine un-

mitgliedern gebe, über die jede

der Stadt schaden würde. Dem

nichts mehr anderes übrig, als

den Rechtsvertretern der Stadt

zu vertrauen. Denn wir sind ja

nicht alle Juristen, die sich de-

tailliert und kompetent in die-

sen verzwickten Fall einarbeiten

প্রহ: Was ist in dem Prozess

der Stadt gegen Warmuth nun

Fall steht uns ein Verfahren von

vielleicht zehn Jahren bevor, das mit Schadensersatz in Millionen-

höhe und den entsprechenden

397: Und was erwartet uns im

Prozesskosten endet.

zu erwarten?

besten Fall?

informiert?



Wird die Schrebergarten-Idylle in Kramersfeld in der Kemmerstraße bald durch einen 30 Meter hohen Mobilfunkmast gestört? Photo: Erich Weiß

Stadt gegenüber den Mobilfunkfirmen ist kein komfortabler. Mutig und wegweisend war zwar der Stadtratsbeschluss im Juli 2004, wonach alle Bauanträge für Antennen über 10 Meter Höhe vorerst auf Eis gelegt wurden und auf stadteigenen Gebäuden keine neuen Anlagen aufgestellt werden dürfen. Doch mittlerweile steht diese Haltung auf wackligen Füßen: Veranlasst durch den Einspruch einer Mobilfunkfirma erklärte die Regierung von Oberfranken, dass über den Verlauf des Prozesses sie den Beschluss für rechtswid-

## GAL hat dies auch mehrmals OB hat Klagen am Hals

dichte Stelle unter den Stadtrats- Mittlerweile hat der Oberbürgermeister bereits zwei Klagen Information direkt an Warmuth von Mobilfunkfirmen am Hals: gelangen und den Interessen Eine öffentlich-rechtliche Klage wendet sich gegen die Ent-Stadtrat blieb auch irgendwann scheidung des Bausenats, der einen von der Firma Vodafone geplanten 30 Meter hohen Sendemast in einem gärtnerisch genutzten Gebiet in Kramersfeld

> Die zweite Klage ist privatrechlicher Natur und richtet sich

gegen die Stadthallen GmbH. Ebenfalls Vodafone hatte im Sommer 2004 auf dem Dach der Konzerthalle eine Sendeanlage aufstellen wollen, doch OB Lauer hatte aufgrund der massiven Proteste zahlreicher AnwohnerInnen den Antennenbauern in buchstäblich letzter Minute den

haus der Stadtwerke an der Breitenau anbahnen: Der Bausenat lehnte bisher die für diesen Standort nötige Befreiung von Bebauungsplanfestsetzungen ab. Die beantragende Mobilfunkfirma fordert nun einen rechtsmittelfähigen Bescheid, um Widerspruch einlegen zu können.



Konzerte im Wellensalat - Vodafone will den Antennenstandort Konzerthalle gerichtlich durchsetzen Photo: Erich Weiß

Zutritt verweigert. Der Vertrag Und auch die anvisierten Standmit der Stadthallen GmbH war allerdings schon vorher unterzeichnet worden und Vodafone klagt nun auf Vertragserfül-

könnte sich auch für das Park-

>>>> DURCHBLICK NACH BERLIN>>>>

orte Paradiesweg (Rettungsleitstelle) und Hainstraße (Staatsarchiv) drohen demnächst die Gerichte zu beschäftigen.

Realistisch betrachtet hät-Eine ähnliche Entwicklung te die Stadt bei einer weiterhin pauschal ablehnenden Haltung gegen alle Mobilfunkanlagen zwar gute Aussichten auf viele Gerichtsprozesse, aber schlechte darauf, diese auch zu gewinnen. Insofern stellt der Netzplan-Beschluss eine gewisse Chance dar, und deshalb stimmte die GAL-Stadtratsfraktion - wenn auch mit starkem Bauchgrimmen - diesem Antrag zu.

## Wachsamkeit geboten

Wie geht's nun weiter? Zunächst einmal müssen sich die Mobilfunkbetreiber überhaupt bereit erklären, am Netzplan mitzuarbeiten, das Ziel der Minimierung anzuerkennen und sich später an die Vorgaben des Netzplanes auch zu halten. Das sind alles keine Selbstverständlichkeiten und schon gar nicht die gewohnten Umgangsformen von Vodafone & Co. Doch die Stadt hat sich nun alternativlos der Einsichtsfähigkeit und dem good will der Firmen ausgelie-

Bis der Netzplan erstellt ist, gilt nach Meinung der Stadtverwaltung weiterhin der Stadtratsbeschluss vom Juli 2004, denn trotz der skeptischen Haltung in der Regierung von Oberfranken sprach diese noch keine offizielle Aufforderung aus, den Beschluss aufzuheben. Und möglicherweise hält Bayreuth auch weiterhin still, bis der Netzplan erstellt ist.

Eines ist jedenfalls sicher: Gerettet ist nichts! Die Stadt Bamberg braucht weiterhin einen langen Atem. Und kritische Bürger und Bürgerinnen müssen auch künftig sehr wachsam sein.



### Fortsetzung von Seite 2

so dargestellt. Dem Stadtrat gegenüber hat er immer wieder gesagt, dass keine Regressforderungen von Warmuth zu erwarten sind, auch dann nicht, wenn die Stadt einen neuen Vertrag mit Welcome über den Ziegelbau abschließt. Und das obwohl Warmuth schon drei Tage nach dem Schreiben des OB erwiderte, dass er die Anfechtung nicht anerkennt. Das hat er auch noch mehrmals danach schriftlich bekräftigt. Und offensichtlich wurde das in der Stadtverwaltung auch ernst genommen, denn Warmuth wurde noch im Februar 2001 zu einer Sitzung des städtischen Hochbauamts eingeladen, um die Sanierungspläne für den Ziegelbau zu bespre-

Aber zu diesem Zeitpun machte es doch aus Sicht der Ralf Dischinger: Im schlimmsten Stadt keinen Sinn mehr, Warmuth einzubeziehen?

Peter Gack: Eben! Dennoch war er dabei. Diese schwammige Anfechtung von OB Lauer wurde also selbst von der Stadtverwaltung nur halbherzig ernst ge-

> "Als Stadtratsmitglied muss man sich "verarscht" vorkommen."

2002 OB Lauer auf den Standpunkt, Warmuth habe keinerlei Ansprüche mehr. Das hatte nach seinen Worten eine "juristische Prüfung" ergeben. In dieser ganz entscheidenden Phase hat OB Lauer in unverantwortlicher Weise die Sachlage verharmlost und verschleiert. Aus heutiger Sicht muss man sich als Stadtratsmitglied geradezu "verarscht" vorkommen.

Dischinger: Ralf Mit einer gehörigen Portion Glück schafft es die Stadt plausibel zu machen, dass Warmuth gar kein

nommen. Dennoch stellte sich Schaden entstanden ist. Denn wie gesagt, bei einem Festhalten an der Zusatzvereinbarung mit Warmuth hätte es keine Ziegelbausanierung gegeben - und dann hätte Warmuth auch keine Gewinne gemacht, die ihm entgangen sein könnten. Aber egal, wie der Prozess ausgeht, wer auf jeden Fall satt daran verdient, ist Rechtsanwalt und CSU-Stadtrat Heller, der die Stadt in diesem Rechtsstreit vertritt.

# Stärkung der Geisteswissenschaften - auch in Bamberg

In einem Antrag der rot-grünen Koalition, den ich federführend ausgearbeitet und eingebracht habe, spricht sich der Deutsche Bundestag für die Stärkung der Geistes-, Sozialund Kulturwissenschaften an den deutschen Universitäten aus. Aus diesem Grund fand auch im Mai eine Anhörung im Bundestag statt, bei der Fachleute aus Universitäten, Instituten und Forschungsgesellschaften Perspektiven für diese Fächer entwickelt haben.

Die Aufwertung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften ist auch für die Universität Bamberg wichtig. Sie hat sich zu einem kleinen, aber sehr feinen Hort dieser Disziplinen entwickelt: Vom Fachbereich Soziale Arbeit bis zur Theologie, von der Orientalistik bis zur Denkmalpflege hat Bamberg hier viel zu bieten.

Ich lehne den Vorschlag der Mittelstraß-Kommission ab, die Uni Bamberg auf den Aspekt der wissenschaftlichen Ausbildung zu reduzieren. Forschung und Lehre gehören zusammen, nicht nur an den vorgeschlagenen Spitzenunis München, Erlangen und Würzburg.

Besonders attraktiv könnte für Bamberg die Idee sein, als Pilotprojekt ein interdisziplinäres Forschungskolleg einzurichten. Konkrete Anknüpfungspunkte für Bamberg ergeben sich auch aus der Forderung, im Rahmen des geplanten Spitzenwettbewerbs eigenständige Exzellenznetze im Bereich der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften aufzubauen. Der Einsatz für den Erhalt und die Pflege der so genannten kleinen Fächer ist für die Uni Bamberg ebenso relevant wie die geforderte finanzielle Förderung der interdisziplinären Migrations- und Integrationsforschung.

Mit meinem Antrag will ich dazu beitragen, dass sich Deutschland - und damit auch Bamberg - weiter als wichtiger Standort dieses Wissenschaftszweiges etablieren kann.



Ursula Sowa (MdB)



# Vorbild "Lindenstraße" am Schillerplatz?

Die Aufstellung von Mehrkosten für die Theatersanierung nimmt und nimmt kein Ende

Es gibt Serien, die niemals enden. Bamberg könnte eine neue davon bieten: Titel "Schillerplatz", Thema Theatersanierung – einzelne Folgen könnten betitelt sein mit "Kostensteigerung", "Mehrkosten", "Erhöhte Endabrechungung", oder "Überraschende Erhöhung der erhöhten Endabrechnung".

novierung von Harmoniesälen zwischen) Euro. und Theatergastätte auch nicht

DM und bemerkte, dass die Re- hen war: weitere 523.000 (in-

Im Juni 2004 ließen dann die umsonst sein würde. Aber die notwendigen "Nachbesserun-3 Mio DM dafür rechnete man gen" die Kassen klingeln: Sitvornehmerweise einfach nicht ze mussten wegen zu schlechzum Projekt Theatersanierung ter Sicht angehoben werden

Tief in die Tasche greifen musste die Stadt für die technischen Anlagen, die "überraschende" Mehrkosten von über 1 Mio Euro verursachten.

Ein Teil konnte zwar durch Einsparungen bei anderen Gewerken aufgefangen werden. Aber unterm Strich betrug die unerwartete Kostenmehrung für die Theatersanierung (ohne Harmoniesäle und Gaststätte!) im Sommer letzten Jahres immer noch 645.000 Euro. Doch mittlerweile wurde nochmal nachgelegt: Weitere (sozusagen noch viel unerwartetere Kosten) in Höhe von 318.000 Euro tauchten im März 2005 auf. Darunter pikanterweise ein erhöhtes Honorar für den Elektroplaner, der durch seine Fehlplanung schon den Riesenanteil von Mehrkosten bei den technischen Anlagen verursacht hatte und nun auch noch an der nötig gewordenen Reparatur seiner Fehler mitverdiente, weil er dafür nicht haftbar gemacht werden konnte.

Unsere Serie Schillerplatz wurde also um einige interessante Folgen bereichert: "Schlampige Kostenkontrolle durch die Verwaltung", "Keine Haftung wegen lückenhafter Verträge", "Verschlafene Bauaufsicht im Rathaus".

Ein Serienende ist schon insofern nicht abzusehen, als der jährliche Zuschussbedarf des Theaters durch höhere Betriebskosten gestiegen ist. Hatte die Stadt im Jahr 1997 noch 3,8 Mio DM (= ca. 1,94 Mio Euro) zu berappen, sind es 2005 schon 2,24 Mio Euro, also knapp 300.000 Euro mehr.

Das kommt nicht von ungefähr: Theaterintendant Lewandowski braucht für mehr Spielstätten (neu: Treff und Gewölbekeller) auch mehr Personal; weil die Bühne höher und weiter ist, sind die Bühnenbilder teurer; er hat mehr Ausgaben für Reinigung und Heizung; Bühnentechnik und Klimaanlage brauchen mehr Strom als erwartet. Und sicher ist das nicht die letzte Story, die dem Theatermann als Beitrag zur Serie "Schillerplatz" einfällt – höchstwahrscheinlich wie immer unter dem Beifall von OB und Stadtratsmehrheit und gegen die Warnrufe der GAL-Fraktion.

Es besteht übrigens die Chance, dass das Erfolgskonzept "Lindenstraße" bald noch einen weiteren Drehort findet, nämlich den Kaliko-Ziegelbau bei der Konzerthalle. Mit der Pilotsendung hat man schon mal begonnen, sie war betitelt mit "Kostenüberschreitung 700.000 Euro" klingt doch vielversprechend, oder? Die 312 wird diese Serie jedenfalls auf keinen Fall verpas-





Papierkugellampen im Theatertreff – aber sonst kam die Elektroausstattung im Theater unverhältnismäßig teuer. Photo: Erich Weiß

vorlegt. Ging man im Juli 1998 zu Beginn der Sanierung des

Es können einem mittlerweile von Gesamtkosten in Höhe von die Augen schwirren, vor lau- 46,66 Mio DM aus (inklusive ter Kostenaufstellungen, die Baukostensteigerung), sind wir OB Lauer immer wieder neu heute deutlich weiter (und teu-

1999 entdeckte man einen Re-E.T.A-Hofmann-Theaters noch chenfehler von satten 455.000

Im Februar 2003 meldete Theaterintendant Lewandowski an, dass eine Erneuerung der Audio-Video-Anlage unumgänglich sei - was natürlich vor-

her "überhaupt nicht" abzuse-

(40.000 Euro), die Behindertentoiletten waren untragbar und wurden umgebaut (15.000 Euro), der Austausch verunreinigten Bodens im Harmoniegarten kostete 198.000 Euro – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

# <u>RATHAUSMA 🖪</u>

# Konkurrenz für Friseure ausgeschaltet

Eine überraschende Mail voller überschwänglicher Dankesbekundungen trudelte im Februar 2005 bei Stadtratsmitgliedern aller Fraktionen ein: Edgar Reitz, Obermeister der Friseurinnung. freute sich euphorisch darüber, dass ein "Haarschneidekurs" aus dem Programm der städtischen VHS gestrichen wurde, und sprach allen wärmste Dankesworte aus.

Die GAL hatte davon nichts mitbekommen und fragte bei VHS-Leiter Köhl nach. Tatsächlich hatte sich die Friseurinnung (offenbar an geeigneter Stelle im Rathaus) darüber aufgeregt, dass bei einem VHS-Kurs den TeilnehmerInnen einfache Techniken des Haarschneidens beigebracht werden sollten. Ist ja eigentlich auch nichts dagegen einzuwenden, wenn eine Mutter von mehreren Kindern zwischendurch auch mal selbst und mit brauchbarem Ergebnis zur Schere greifen will, um nicht immer beim Friseur so tief in die Tasche greifen zu müssen. Die Profi-Hairstyler sahen Kameralistische Stadthaushalte das wohl anders und erwarteten womöglich enorme Gewin-

neinbrüche in ihren Salons angesichts massenweise ausbleibender Selbstschneider.

Wenn die Friseuraktion Schule macht, braucht man jedoch nur darauf zu warten, bis demnächst auch Blumengeschäfte gegen den Kurs "Floristischer Tisch- und Raumschmuck" Sturm laufen, bis Schreiner gegen "Heimwerkerkurse für Holzbearbeitung" mobilisieren, bis Schneidereien gegen die Kurse "Nähen wie die Profis" "Reißverschluss kaputt" protestieren oder bis die vereinte Bäckerzunft sich dagegen wehrt, dass andragogischerweise "Krapfen, geschnittene Hasen und weitere Festtagsspezialitäten" gebacken werden.

Laut VHS-Leitung soll die erfolgreiche Protestaktion der Bamberger Friseure Thema beim nächsten VHS-Kuratorium sein, das in die Entscheidung nicht einbezogen war. Dann dürfte sich auch herausstellen, an welcher Stelle im Getriebe man so ein offenes Herz für die Haarformer hatte.

# Schickes Nebenbudget?

sind alles andere als einfach zu lesen, aber hie und da rentiert es sich, auch bei "kleineren" Beträgen genauer hinzuschauen. Etwa bei den Personalkosten, die für den Betrieb der Harmoniesäle angesetzt werden.

Satte 61.800 Euro sind das im Jahr 2005. Sie verteilen sich auf vier Pförtner, die zu je 30% für die Harmoniesäle arbeiten und einen Hausmeister, der zur Hälfte hier tätig ist Den anderen Teil ihrer Arbeitskraft setzen die Beschäftigten gleich nebenan ein, im E.T.A-Hoffmann-Theater.

Und nun zum "genauer hinschauen": In der Harmonie finden im Jahr ca. 200 Veranstaltungen statt, für welche die Säle von besagten Pförtnern und dem Hausmeister hergerichtet und bestuhlt werden müssen. Umgerechnet lässt sich die Stadt also allein die Vorbereitung der Säle pro Veranstaltung 300 Euro kosten. Und dazu gehören nicht die Ausgaben für Strom, Reinigung, technischen Unterhalt, Heizung oder andere Sachkosten! Es geht tatsächlich nur ums Stühle-Aufstellen, Aufsperren, Bühne-Herrichten und ähnliches. Bei einem Stundenlohn von 20 Euro müsste sich jemand ganze 15 Stunden (also zwei Arbeitstage) nur damit beschäftigen.

Nun will die GAL aber kei-

neswegs dem Hausmeister und seinen Pförtner-Kollegen Faulheit unterstellen. Die werden schon zu tun haben. Nur vermutlich eben nicht in den Harmoniesälen, sondern naheliegenderweise beim Theater, das sich auf diese Weise möglicherweise ein schickes, kleines "Nebenbudget" organisiert hat.

# Parkgebühren bald wissenschaftlich untermauert?

"Workshop" - das klingt modern, das riecht nach erarbeiteter Kompetenz, das hat die Atmosphäre des Innovativen, das verspricht gehaltvolle Politik. Genau richtig, um einem knöchernen Image entgegenzutre-

So mag zumindest die Bamberger SPD gedacht haben, als sie jüngst einen Antrag auf Einrichtung eines Workshops stellte. Und damit's so richtig schön politisch zugkräftig wird, haben sich die SPDlerInnen auch noch ein ganz populäres Thema ausgesucht, das die Menschen in Bamberg existenziell bewegt: ein "Workshop zur Neugestaltung der Parkgebühren in Bamberg" also. Ein Bombenantrag!

Man will "die gegenwärtige Lage analysieren", "Gebühren,

die den heutigen Anforderungen entsprechen" und ein "abgestimmtes Programm", heißt es in der Antragsbegründung. Dazu stellt sich die SPD einen Workshop aus Verwaltung, Stadtrat, "Experten aus Wissenschaft und Praxis", Stadtwerken, Parkhausbetreibern und Bürgern vor. Na, wenn das nicht nach einem Vorschlag klingt, der Bamberg fit für das 21. Jahrhundert macht!

Man kann es sich schon vorstellen, wie ca. 30 vor Kompetenz strotzende Männer (und Frauen?) mit kleinen Taschenrechnern, wissenschaftlicher Fachliteratur und rauchenden Köpfen zusammensitzen und über die zukunftsweisende Bedeutung von Parkgebühren sinnieren. Jeder 10-Cent-Betrag will da wohlqualifiziert ausdiskutiert werden, ob seiner enormen Tragweite für die existenzielle Zukunft dieser Stadt. Unvorstellbar, dass man diese zentrale Aufgabe bisher ohne Experten-Workshop zu bewältigen glaubte.

### Alles selbst gezahlt

Von einigen kritischen WählerInnen wurde die 312-Redaktion angesprochen, als GAL-Fraktionsvorsitzender

gang Grader an einer Städtepartnerschaftsreise nach Japan teilnahm. Denn in der letzten 997 hatten wir kritisiert, dass die Städtepartnerschaften zu honoratiorenlastig seien und meist nur kulturell-amüsante Ausflüge des Stadtrats auf städtische Kosten dabei herauskämen. Doch zumindest bei der Finanzierung war's diesmal anders: Alle TeilnehmerInnen bezahlten die gesamte Reise selbst! Wohl nicht zuletzt deshalb fiel die Bamberg-Delegation nach Japan "überschaubar" aus, während sonst oft problemlos ein ganzer Bus gefüllt werden kann.

#### Sprüch ausm Stadtrat

Bürgermeister und Schulreferent Hipelius (CSU) bei der Debatte darüber, ob die Stadt die Klassenzahl der Wirtschaftsschule trotz großer Nachfrage reduzieren sollte: "Am liebsten sind mir kleine überschaubare Schulen."

Sitzungsvortrag der Schulamtsdirektorin Gisela Bauernschmitt zum TOP "Praxisklassen an Bamberger Hauptschulen": "Die Durchlässigkeit von oben nach unten ist im gesamten bayerischen Schulsystem gewährleistet."

Verkehrsberuhigung

Auch eine Maßnahme, die be-

reits Billinger im Generalver-

kehrsplan Anfang der 80er Jah-

re befürwortet hat. Wenn die

Lange Straße schon nicht gleich Fußgängerzone werden kann,

dann sollte sie zumindest zu ei-

nem verkehrsberuhigten Be-

reich umgewidmet werden, der

nur noch für Anlieger und Zu-

lieferer, Busse und Taxen offen

Dass sich eine solche Maßnahme für die dort ansässigen Geschäfte nur positiv auswirken wird, hat - ebenfalls schon in den 80er Jahren - die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in ihrem Kaufkraftgut-

achten festgestellt.

der Langen Straße



# Kleine Schritte wären möglich ...

... doch die CSU stellt sich als Bremsklotz gegen jeden verkehrspolitischen Fortschritt

In der gaz 63 haben wir den Stillstand beklagt, der Bambergs Verkehrspolitik in den letzten Jahren kennzeichnet. Offenbar sehen nicht nur wir das so. Das Agenda-Verkehrsforum macht nämlich ebenfalls Druck – und verlangt vom Stadtrat endlich Taten, und sei es in Form von Einzelmaßnahmen. Natürlich müssen solche Einzelmaßnahmen zum Gesamtkonzept dem derzeit gültigen Verkehrsentwicklungsplan also - "passen". Wenn dies der Fall ist, dann spricht nichts dagegen, solche Projekte stufenweise oder auf Probe zu realisieren. Schauen wir uns also vier derzeit häufig diskutierte "Problemfälle" unter diesem Vorzeichen etwas genauer an.



Sandstraße

## Sperrung der Sandstraße

Eine alte, eine uralte Forderung der GAL. Um den Widerständen (vor allem aus Gaustadt!) den Wind aus den Segeln zu nehmen, sollte hier schrittweise vorgegangen werden. Ein wesentlicher Schritt nach vorne wäre schon, die Sandstraße ab Markusbrücke, mindestens aber ab Elisabethenkirche als verkehrsberuhigten Geschäftsbereich auszuweisen. Dann muss im Schritttempo gefahren werden, alle Verkehrsteilnehmer haben gleiche Rechte und müssen aufeinander Rücksicht neh-

Gleichzeitig müsste das Durch-

fahrtsverbot am Abend und am

Wochenende erheblich besser überwacht werden. In einer solchen verkehrsberuhigten Zone flächen vor den Gaststätten (eine Reihe, ohne die Durchfahrt von Bussen oder Rettungsfahrzeugen zu behindern) genehmigt werden. Unter Umständen sollten werktags ab 18 Uhr und samstags ab 14 Uhr kleinere Busse für die Linie 26 eingesetzt werden.

Aus Sicht der GAL empfiehlt es sich, die Verkehrsberuhigung in der Sandstraße mit den schon lange diskutierten Schleifenlösungen im Berggebiet zu verbinden und die neuen Regelungen für mindestens ein Jahr zu erproben.



Lange Straße

# **Neue Tiefgarage** unter dem **Schönleinsplatz** und/oder am Luitpoldeck

könnten dann auch Freischank- Es ist ja in Bamberg seit langem so, dass es viele Verkehrspolitiker gibt, für die zusätzliche Parkplätze die Lösung aller Probleme bedeuten. Diese Argumentation geht jedoch an der Realität vorbei. Tatsache ist, dass die in der Innenstadt vorhandenen Parkeinrichtungen meist nur zwischen 60 und 80 % ausgelastet sind und im Parkhaus Schützenstraße und in der Tiefgarage Georgendamm eine große Anzahl der Stellplätze sogar an Dauerparker vergeben ist.

Selbst wenn also im Straßenraum endlich Stellplätze aufgelöst würden zugunsten von mehr



Parkhaushinweisschilder Friedrichstraße

Platz zum Flanieren, Aufhalten häuser genügend Kapazitäten sätzliche Tiefgaragen gibt es keiund Spielen, böten die vorhan- für die Einkäufer in der Stadt. denen Tiefgaragen und Park- Fazit: Für ein oder gar zwei zu-

nerlei Notwendigkeit.

Photo: Sylvia Schaible

Das grundsätzliche Problem bleibt aber: Die CSU und ihre Anhängsel im Stadtrat wollen über Einzelmaßnahmen gerade verkehrsberuhigender Art nicht reden, solange nicht die von ihr befürworteten "harten" Infrastrukturmaßnahmen DER BESONDERE SCHMUCK INT. KUNSTGEGENSTÄNDE (Kronacher Straße, Parkleitsystem, mehr Parkplätze in der Innenstadt, TG Promenade, TG Schönleinsplatz, Parkhaus Luit-6.5. bis 30.5. poldeck) realisiert sind. Da mag ihr verkehrspolitischer Spre Goldschmiedin cher, StR Heller, noch so wohlklingende "Visionen" verbrei-Christel Hubatsch ten. Doch solange dies so ist, gibt es in Bamberg eine – leider aus Nürnberg stellt aus immer noch zu einflussreiche - 19-köpfige Bremser-Fraktion, Austraße 27 • 96047 Bamberg die Einzelmaßnahmen wie in der Sandstraße abblockt. Und Tel. 0951/2 38 07 damit wären wir doch wieder beim eingangs beklagten Still-



Karstadt-Tiefgarage

# **Anbindung der Tiefgarage unter** dem Maxplatz

Die Tiefgarage (TG) unter dem Maxplatz ist ein verkehrspolitischer Fremdkörper im Herzen der Bamberger Innenstadt. Auch ein Parkleitsystem wird die dort existierenden Verkehrsprobleme nicht lösen - das hat schon die Verkehrsanalyse zum dynamischen Parkleitsystem festgestellt. Da die Fa. Karstadt die eben frisch sanierte TG in den Heumarkt und Holzmarkt eine Quartierstiefgarage umzuwidmen, könnte eine geänderte werten. Die einzige Alternative, Zufahrt die Probleme zumindest

Eine Zufahrt über den Heumarkt müsste ohnehin angedacht werden, wenn die "neue" Kettenbrücke tatsächlich für den MIV gesperrt und dort nur noch Zulieferverkehr zugelassen wird. Eine solche Lösung würde jedoch zu einem Zielkonflikt kommende Autofahrer in die führen, denn die Zu- und gege-

sicherlich nicht bereit sein wird, benenfalls auch Abfahrt über würde diese Plätze extrem abdie dies vermeidet, wäre eine Zufahrt über Heinrichsdamm und Hauptwachstraße. Wenn die Hauptwachstraße gleichzeitig als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen und optisch aufgewertet wird, könnte dies sogar den positiven Nebeneffekt haben, dass aus dem Norden TG Georgendamm ausweichen.

Photo: Erich Weiß

"Zammzwickn" - im Namen der Haushaltskonsolidierung! So lautete die Parole der Stadtverwaltung im September 2003, als man dem Finanzund Wirtschaftssenat empfahl, sieben öffentliche Toilettenanlagen zu schließen. Auf diese Weise sollten insgesamt 30.000 Euro jährlich eingespart werden. Die Senatsmitglieder trugen die Entscheidung schließlich bei sechs stillen Örtchen mit, da es sich nicht gerade um die zentralsten und meistfrequentierten handelte.

Doch bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2004 forderte das zuständige Amt überraschenderweise 14% mehr statt weniger Mittel als im Vorjahr an, genau gesagt 153.960 Euro. Begründung auf Nachfrage der GAL-Fraktion: Die erwartete Kostenreduzierung sei nicht eingetreten, weil man lediglich solche Bedürfnisanstalten geschlossen habe, die ohnehin keine großen Kosten verusacht hätten. Echte behördliche Glanz-

Jetzt haben die Bürger und Bürgerinnen, die von dringlichen Nöten getrieben weite Toilettenwege zurücklegen müssen, nicht mal mehr das hehre Ideal vor Augen, ihren körperlichen Einsatz zugunsten der städtischen Kassenlage zu er-

"Zammzwickn" - für die Falschrechner im Rathaus. Müsste die Parole jetzt so lauten?



\_ Zammgezwickt, aber nix gespart

# Hängematten und Wickeltisch

Einige Ideen für ein noch charmanteres Familienbad im Hain





Klein, aber fein – das Familienbad im Hain. Pfiffige Ideen ohne großartige Investitionen könnten es familienfreundlicher und attraktiver machen.

Photos: Judith Siedersberger

Nicht wenige Schwimmbad-Fans träumen von einem großen Erlebnisbad in Bamberg - kombiniert mit Hallenbad, ausgestattet mit großen Becken, großen Rutschen und allen möglichen Funund Wellness-Angeboten. Doch das käme teuer und ist aus dem löchrigen Stadtsäckel schlichtweg nicht zu bezahlen.

Im Gegensatz zu hochmodernen Event-Badelandschaften ring die Finanzierung sichern. mit maximalem Spaßfaktor hat aber auch ein Bad wie das "Familienbad im Hain" seinen eigenen Charme. Naturnah und ruhig am Fluss gelegen, umgeben Beim von nostalgischen Holzbauten und hohem Baumbestand, liegt der Charme des Hainbads eher in Schlichtheit und unaufdringlichen Erholungsmöglichkeiten.

Genau da setzt GAL-Stadträtin und Hainbad-Liebhaberin Ulrike Heucken mit einigen Vorschlägen an, die zum Teil mit einfachen Mitteln die besondere Attraktivität des Hainbads unterstreichen und seine Familienfreundlichkeit aufpeppen. Bei einigen etwas kostspieligeren Sanierungsmaßnahmen könnten Fan-Patenschaften oder Sponso-

### Schatten für die Kleinsten

Kinderplanschbecken wünschen sich viele Familien dringend mehr Schatten für die Kleinsten, sei es durch ein Sonnensegel oder durch große Marktschirme. Auch der Belag im Becken ist sehr scharfkantig und damit gefährlich und sollte renoviert werden. Eine der Duschkabinen in unmittelbarer Nähe könnte zur Kindertoilette umgebaut werden, natürlich mit Wickeltisch gleich nebenan.

### **Kicker und Boulebahn**

Auf dem Spielplatz müssten Rutsche und Abenteuer-Elefant ausgetauscht werden. Im Unterstand könnte man Kindertisch und Kinderstühle aufstellen. Für die größeren Kinder und Jugendlichen würden die kaum benutzten Garderobenräume Platz für eine Tischtennisplatte und ein Kicker bieten. Eine kleine Boule- oder Kegelbahn könn-

Wiese bei der Cafeteria eingerichtet werden. Zwischen den großen Bäume gespannte Hängematten und Hängesessel würden sicher großen Gefallen bei allen Hainbad-Fans finden. Auch ein Fitness-Programm könnte man mal ausprobieren: Im Sommer beginnt dann der Hainbadtag jeden Morgen um 9.30 Uhr mit einer 30-minütigen Gesundheitsübung unter Anleitung.

### Eistanz und Glühwein

Im Winter müsste das Hainbad keineswegs im Dornröschenschlaf versinken. Wenn ohnehin schon viele SpaziergängerInnen hier vorbeikommen, könnte sich über Post.

te in der Ecke am Zaun auf der man die Liegewiese im Bad zur Eislaufbahn umfunktionieren, Glühwein und Kinderpunsch ausschenken, neben winterlichromantischen Feuerkörben. Jeden Samstag würden Eistanzkurse angeboten - vormittags für die Kleinen und abends für die Großen.

> Und zu beinahe jeder Jahreszeit hätte das Hainbad Raum für Kunstevents oder Aktionskunst, wie das von den beiden Bamberger Künstlerinnen Judith Siedersberger und Rosa Brunner schon vor zwei Jahren beispielhaft vorgemacht wurde.

Wer sonst noch Ideen hat, die mit relativ einfachen Mitteln zu erreichen sind: Die 39Z-Redaktion und Ulrike Heucken freuen







# Jugend für'n A fer was ich schon immer in Bamberg ändern wollte...

Am 19. Mai 2005 kommen im Live Club (Obere Sandstr. 7) Jugendliche zu Wort. In Workshops zu den Themen Jugendkultur, Jugendarbeitslosigkeit, Überlebenstraining Stadtverwaltung und öffentlicher Nahverkehr können Jugendliche ab 14 Jahren ihre Meinung äußern und gemeinsam mit GAL-StadträtInnen konkrete Forderungen erarbeiten. Die Workshops arbeiten von 18 bis 21 Uhr.

Ab 21 Uhr steigt dann die Party mit der Schulband des E.T.A.-Hoffmann-Gymnasiums, den "Exhaust

Nähere Infos unter www.gal.bamberg.de oder unter Tel. 22280.

Anmeldung ist nicht erforderlich. Einfach kom-



# Alles neu macht die GAL

MIT NEUEN BÜRORÄUMEN UND EINEM WECHSEL IM VORSTAND ÄN-DERT SICH 2005 BEI DEN BAMBERGER GRÜNEN SO EINIGES.

Noch ist es eine Baustelle, belebt von fleißigen Renovierungsh rInnen und nur gelegentlich frequentiert von Schülergruppen, die versehentlich hereinplatzen, in der Hoffnung, ihr Taschengeld in Brezen oder Hörnla anlegen zu können: das neue GAL-Büro am Unteren Kaulberg.

Hinter der historischen Sandsteinfassade der ehemaligen Bäckerei Winkler entstehen moderne Büroräume, die für alle BambergerInnen als Anlaufstelle dienen sollen. "Wir wollten öffentlich sicht-



Neues GAL-Büro, Unterer Kaulberg 22

Photo: Sylvia Schaible

bare Räumlichkeiten, die die Schwellenangst abbauen und den Dialog mit den BürgerInnen fördern", erklärt Vorstandsmitglied Gilla Filkorn das Konzept. Zukünftig soll es nun bald auch regelmäßige Öffnungszeiten von Montag bis Freitag geben.

Möglich ist dies angesichts knapper Finanzen vor allem durch das großzügige und unermüdliche ehrenamtliche Engagement vieler Helfer, die in ihrer Freizeit ausräumen, die Elektrik verlegen, verputzen, streichen und lackieren. Die



Barbara Göb

fachkundige Leitung liegt in den Händen von GAL-Stadträtin und Bauzeichnerin Petra Friedrich. Die Firma Ökohaus unterstützte die

> Renovierungsarbeiten mit (selbstverständlich) ökologischen Materialspenden. Allen fleißigen Heinzelmännchen an dieser Stelle ein großes Dankeschön!

Nicht nur räumlich, auch personell bekommt die GAL ein neues Gesicht: Seit dem 17. Februar ist Barbara Göb neu im Vorstand. Die Diplomtheologin und Mutter zweier Kinder will sich für eine soziale und familienfreundliche Stadt stark machen. Seit ihrem Abitur am Kaiser-Heinrich-Gymnasium 1992 hat es sie an die verschiedensten Orte verschlagen - der entfernteste war Cochabamba in Bolivien -, doch nach wie vor schlägt ihr Herz für Bamberg: "Ich mag die liebenswerte katholische Liberalität dieser Stadt, und ich möchte dazu beitragen, dass sich hier weiterhin die verschiedensten Kulturen und Subkulturen entfalten können."

Vom Vorstandsamt zurückgetreten ist Gerald Körner, der seinen Lebensschwerpunkt mittlerweile nach Starnberg verlagert hat. Der Vorstand bedankt sich bei ihm herzlich für sein Engagement. Insbesondere im Bereich Mobilfunk hat er in Bamberg vieles in Bewegung gebracht.



# Mittags am G 8: Ohne Mampf kein Dampf

Ein Überblick über die Mittagsangebote an den Bamberger Gymnasien: zwischen Mensa-Plänen und Pommes-Bude, Mittagstourismus und Kochkurs

Seit September 2004 läuft auch in Bamberg für die 5. und 6. Klassen das Achtjährige Gymnasium G 8. Um die gesamte Schulzeit zu verkürzen, haben die SchülerInnen nun an mehreren Nachmittagen in der Woche Unterricht. Klar, dass sie dann in den Mittagspausen etwas essen wollen. Nur was?

Allein am Beispiel der Mittagsverpflegung wird deutlich, wie überstürzt, wie wenig durchdacht und wie konzeptionslos die bayerische Staatsregierung ihre "Schulreform" durchgedrückt hat. Die Schulleitungen wurden allein gelassen und müssen nun - oft notdürftig - eine ordentliche Verköstigung organisieren.

Finanzielle Unterstützung vom Freistaat ist nicht zu erwarten. Stattdessen darf die Stadt als Schulaufwandsträger die Kosten für nötige Umbauten selbst tragen, bzw. auf das Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung zurückgreifen (das von Bayern allerdings anderweitig immer als unangemessene Einmischung des Bundes kritisiert

Das wüste Reformchaos der Stoiber-Regierung dürfen wie immer die gleichen ausbaden: Schulen und SchülerInnen. Die and hat nachgefragt, wie sie das bewerkstelligen:

# Meistens Selbstverpflegung

Britta und Jaqueline\* kaufen sich in ihrer Mittagspause am liebsten ein paar Pommes mit Ketchup und Mayo. Sie sind beide 12 Jahre alt und gehen in die 6. Klasse eines Bamberger Gymnasiums. Nachmittags-



Döner, Pizza, Pommes – immer noch die Renner in der Mittagspause am G8

unterricht haben sie zweimal in Dort sollen externe Dienstleis-

der Woche, der Weg zur Dö-

ner-und Frittenbude dauert kei-

ne 5 Minuten. Wie die beiden

Freundinnen verpflegen sich an

den Geschäften angewiesen.

DG, EG, und E.T.A.:

Am Dientzenhofer- ebenso wie

am E.T.A.-Hoffmann- und am

Eichendorff-Gymnasium gibt

es konkrete Pläne für den Neu-

oder Umbau von Speisesälen.

neue Speisesäle

geplant

tungsunternehmen den Essenseingereicht. verkauf und die Geschirrausga-**Englische Fräulein:** be übernehmen. "Den Schülern soll für eine möglichst ausgewo-

den Bamberger Gymnasien die gene und sinnvolle Ernährung meisten Schülerinnen und Schüein qualitätsvolles Mittagessen ler selbst. Wer sich nichts von angeboten werden", sagt Karl zu Hause mitbringt, ist auf den Fuchs, stellvertretender Schullei-Brotzeitverkauf von Hausmeister am DG, gegenüber der 392. tern, Bäckereien oder umliegen-Auch am Eichendorff-Gymnasium strebt Direktor Hubert Köberlein ein solches Angebot an. "Wenn möglich frisch zubereitet", fügt er hinzu. Mit einer Fer-

> Das E.T.A.-Hoffmann-Gymnasium will sogar einen Mensa-Neubau errichten, den ein Pächter bewirtschaften soll. "Ob warmes Essen fertig angeliefert, alles gänzlich neu zubereitet oder ob halbfertige Speisen aufgewärmt werden, hängt vom Pächter ab", Nicht einfach ist die Essensfra-

Am Kranen 12 a, 96047 Bamberg (im ehemaligen Bürozentrum Kutz)

Tel. 0951-982120, Fax 9821233

info@kopier-und-druckladen.de

tägl. 8-19 Uhr, Sa 9-15 Uhr

Notdienst Telefon 0170-6163532

tigstellung rechnen die Schulen

aber vermutlich erst 2006.

# Angebot im Internat

der Regierung von Oberfranken

Einen Vorsprung an Erfahrung und Infrastruktur hat das Gymnasium der Englischen Fräulein. Im Tagesheim können sich nämlich auch die Schülerinnen, die nicht im Internat wohnen, ein Mittagessen kaufen. "Da werden vollwertige Mahlzeiten angeboten, die auch viele Lehrer gerne essen", weiß der Schulleiter Edgar Hagel zu berichten. Dem zunehmenden Bedarf an Mittagsverpflegung steht er gelassen gegenüber.

# **CG: Mittagessen** incl. Spaziergang

eilt der stellvertretende Schul- ge für die schülerstärkste und

Herbert Michel werden SchülerInnen der 5. und 6. Klassen derzeit von einer Aufsichtsperson zum Aufseesianum begleitet und im dortigen Internat verköstigt. Die künftigen 7. und 8. Klassen sollen ihr Essen im Canisiusheim bekommen. Für die G8 plant man einen Mittagsraum, in dem sich die Schüler aufhalten und selbst etwas zu essen machen können. "Die Älteren versorgen sich aber am liebsten selbst bei Geschäften in Schulnähe", so Michels Erfah-

Photo: Erich Weiß

## FLG: "Learning by cooking"

Aus der Not eine Tugend macht das Franz-Ludwig-Gymnasium: Dort bereiten die Fünft- und Sechstklässler mit einer Hauswirtschaftslehrerin und Beleiter Joachim Bauer mit. Pla- platzärmste Schule, das Clavius- rufspraktikantinnen ihr Essen \* Namen von der Redaktion geännungsunterlagen sind bereits bei Gymnasium: Laut Schulleiter selbst mit zu, zur Verfügung dert.

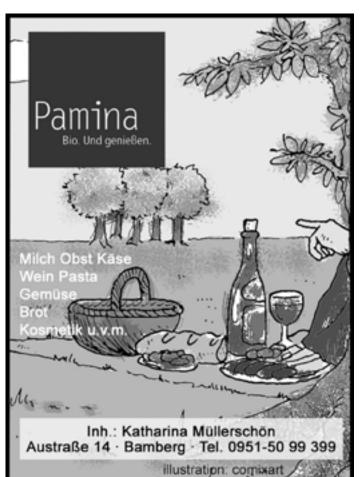
steht ein Raum mit Küchenzeile. Der stellvertretende Schulleiter Bernhard Faltin gewinnt dem einen pädagogischen Aspekt ab: gewissermaßen Ernährungskunde mit Praxisbezug. "Natürlich ist das kein Unterricht und die Teilnahme ist freiwillig", be-

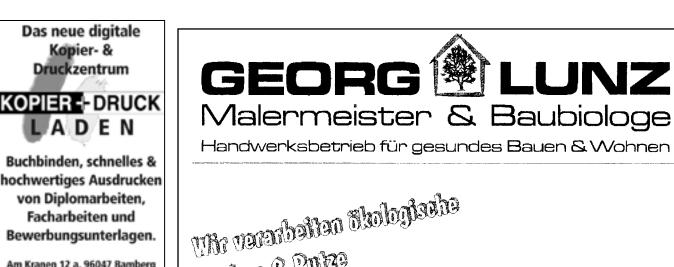
Ergänzend soll ab dem kommenden Schuljahr eine Schüler-AG in Zusammenarbeit mit der SMV den Verkauf von kleinen Brotzeiten selbst organisieren. "Größere Mahlzeiten wollen unsere Schüler meist gar nicht", so der stellvertretende Schulleiter. Sollte im Zuge der Umsetzung des G8 aber die Nachfrage nach "richtigen" Mahlzeiten steigen, so werde das FLG ein entsprechendes Angebot erwägen.

# KHG: Angebot für Ganztagsklasse

Am Kaiser-Heinrich-Gymnasium ist nach Auskunft des Sekretariats bislang kein konkreter Ausbau der Mittagsverpflegung geplant. Allerdings gibt es am KHG versuchsweise in der 5. Jahrgangsstufe eine Ganztagsklasse neben dem "normalen" G8. Der Unterschied liegt nicht nur im ganztägigen Aufenthalt und in der sozialpädagogischen Betreuung der Kinder: Auch die gemeinsame Mittagsverpflegung - derzeit realisiert am Aufseesiaspäteren 9. bis 11. Klassen des num - gehört verpflichtend da-

> Und was halten die Schüler davon? Zumindest für Britta und Jaqueline wären schulisch organisierte Mittagessen "okay – solange es die Eltern zahlen und nicht das Taschengeld drauf geht. Ein "Pflichtessen" fänden die beiden Mädchen aber "doof"; schließlich wollen sie auf ihre Pommes - wenigstens ab und zu - doch nicht verzichten.





Radion & Pube Dimmin 1930 uland 3 Bollanbaläna

Alte Kreisstraße 20 96123 Litzendorf/Naisa

Fon: 09505/6173 Fax: 09505/950133

# Gesperrt und vergessen?



Seit Monaten gesperrt: der Fußweg von der Caspersmeyerstraße zum Cherbonhof

Photo: Erich Weiß

Achtung! Dieser kleine Weg sucht Hilfe! Er braucht eine Behörde, die sich seiner annimmt!

Es handelt sich um den Fußweg, der von der Caspersmey-Cherbonhof führt. Leider wurde unser kleiner Weg im letzten Herbst vom Entsorgungsund Baubetrieb EBB für geplante fünf Wochen gesperrt, weil auf dem benachbarten Grund-

de. Doch heute stehen die Absperrungen immer noch.

GAL-Stadtrat Peter Gack, der dem traurigen Weglein helfen wollte, wurde vom EBB ans Straerstraße aus in das Baugebiet ßenverkehrsaufsichtsamt verwiesen und von dort ans Bauordnungsamt und ans Amt für Wirtschaft, Abteilung Liegenschaften – bisher ohne Erfolg.

Dass sich so viele Menschen im Bamberger Rathaus mit ihm stück eine Garage gebaut wur- beschäftigen, hat unseren klei-

nen Weg zwar erst mal gefreut, aber mit der Zeit bekam er dann doch den Eindruck, dass man ihn dort nicht so richtig ernst nimmt. Sehr gekränkt hat ihn der Hinweis, dass er nicht als öffentlich-rechtlicher Weg gewidmet sei. Das findet unser namenloser Weg ungerecht, denn er verfügt immerhin über eine von der Stadt gebaute Treppe, mehrere Laternen und ist bei den Cherbonhof-BewohnerInnen sehr beliebt.

Die noch immer bestehende Sperrung erklärt sich wohl daher, dass auf dem erwähnten Nachbargrundstück inzwischen noch eine Stützmauer nötig, aber immer noch nicht ge-

Vielleicht, so hofft der verlassene Weg, findet sich ja über die 392 jemand im Rathaus, der bei den nachbarlichen Bauherren mal ein bisschen auf die Tube drückt. Denn er möchte doch so gerne bald wieder viele Füße auf sich spüren ...

# Investorenbeteiligung kommt vor Bürgerbeteiligung

Investoren können im Bamberger Rathaus mit einem Roten Teppich und knackigem Spalier-Stehen von Oberbürgermeister und Referenten rechnen - mindestens.

Das durften nun wieder die Vertreter der Lebensmittelkette NORMA erfahren, die in Gaustadt zwischen dem Fischerhof und der Cherbonhofstraße einen Supermarkt bauen wollen. Das Grundstück gehört zum Teil der Stadt; und die findet die Idee, hier die Nahversorgung der Gaustadter BürgerInnen zu verbessern, einfach super.

So super, dass man gleich bürokratische Freudensprünge macht und plausible Planungsabläufe einfach auf den Kopf stellt.

nicht lesen

Denn, wie der Bausenat gegen die Stimmen der GAL beschloss, wird der Firma NOR-MA das städtische Grundstück jetzt sofort verkauft und erst danach über die Bebauungsplanänderung entschieden. Die ist nötig, damit dort überhaupt großflächiger Einzelhandel entstehen kann.

Im Rahmen eines so genannten "vorhabenbezogenen Bebauungplans" ist NORMA sogar an den Planungen beteiligt und übernimmt auch einen Teil der Kosten. Es dürfte nicht gerade abwegig sein, wenn der Investor erwartet, dass die Pläne nach seinem Ge-

Inoffizieller Mobilfunk im Klinikum

schmack ausfallen werden.

Bis vor kurzen wollte die Stadtverwaltung dem Käufer sogar ein einseitiges Rücktrittsrecht vom Kaufvertrag einräumen. Nach vehementen Einwänden der GAL und einem darauf folgenden heftigen Gezänk im Bausenat wurde daraus jetzt immerhin ein beiderseitiges Rücktrittsrecht ge-

So kann ein Investoren-Wunschzettel quasi zum Bestandteil des Bebauungsplans werden - was Baureferent Strauß weit von sich weist. Man darf also gespannt sein, vor allem wie man im Rathaus mit den zu erwartenden Bürgereinwendungen umgeht.

# Gut zum Fuß – gut zur Umwelt! **SCHUH-LECHNER**

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

**BA - JOSEPHSTR. 9** (Nähe Luitpoldstr.) Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266 **Bus** 5 min Luitpold-Eck **Bahnhof** 5 min **P** im Hof

#### niemand. Dass dort die Gesundheitsvorsorge besonders groß sein muss, ist wohl jedem einsichtig. Auch gibt es bekanntlich Befürchtungen, dass der Mobilfunk störende Auswirkungen auf medizinische

Handy-Verbotsschilder im Kli-

nikum verwundern eigentlich

Also klarer Fall: In einem Krankenhaus gehören Handys ausgeschaltet, bzw. sie gehören gar nicht erst hinein.

Geräte hat.

Doch leider ist die Praxis am Klinikum keineswegs konsequent. Erst vor einiger Zeit wurde die hauseigene Telefonanlage, über die seit Jahren persönliche Telefonanschlüsse direkt bei den Patientenbetten möglich sind, umgestellt. Immer noch kann jedeR PatientIn seinen eigenen Festnetzanschluss buchen, allerdings mit einer 0180-Vorwahl – und die kostet für jeden Anruf (ins Klinikum und aus dem Klinikum heraus) 12 Cent pro Minute. Für viele PatientInnen ein (zu) teures Vergnügen. Sie werden regelrecht dazu verführt, "heimlich" auf ihre Handys auszuweichen.

Und auch der Klinikumsbetrieb selbst hat sich offenbar bisher wenig um Mobilfunk geschert. Damit alle ÄrztInnen direkt über eine hauseigene Schnurlos-Telefonanlage zu erreichen sind, wurden in den Klinikum-Stationen insgesamt 80 kleine Sendeanlagen angebracht, in einer Größenordnung die mobilfunkkritische MedizinerInnen für gesundheitsgefährdend halten.

Eine Dauerbelastung für alle PatientInnen, Krankenschwestern, Pfleger oder Reinigungskräfte. Ganz abgesehen vom ärztlichen Personal, das auch noch die Haus-Handys in Hosentasche und Arztkittel ständig bei sich tragen muss.

Mobilfunkfreie Zone im Klinkum? Leider weit gefehlt.

# Termine

### Donnerstag, 19. Mai 2005, 18 Uhr:

Jugend für'n A ...? GAL-Workshops mit Jugendlichen, ab 21 Uhr Party mit den Exhaust Pipes Live Club, Obere Sandstraße 7

#### Donnerstag, 2. Juni 2005, 19.30 Uhr:

GAL-Plenum, Thema: Volksbegehren Mobilfunk Gaststätte Spezial, Obere Königstraße

#### Montag, 6. Juni 2005, 17 Uhr:

Polit-Rondo (offenes Bürgergespräch) mit MdB Ursula Sowa und der GAL-Stadtratsfraktion Rondo-Café am Schönleinsplatz

#### Samstag, 11. Juni 2005, ab 13 Uhr:

Einweihung des neuen GAL-Büros am Unteren Kaulberg 22, mit MdB Ursula Sowa, Sepp Daxenberger (Landesvorstand B90/ Grüne), grünen Luftballons und grünen Gummibärchen

#### Sonntag, 19. Juni 2005, 11 Uhr:

"Von Waging lernen, heißt Siegen lernen" – Grüner Frühschoppen mit dem grünen Bürgermeister Sepp Daxenberger aus Waging Gaststätte Spezial, Obere Königstraße

#### Montag, 4. Juli 2005, 17 Uhr:

Polit-Rondo (offenes Bürgergespräch) mit MdB Ursula Sowa und GAL-Stadtratsfraktion

Rondo-Café am Schönleinsplatz

#### Dienstag, 12. Juli 2005, 19.30 Uhr:

Aufstellungsversammlung der GAL für die Oberbürgermeisterwahl 2006 Palais Schrottenberg (Barocksaal), Kasernstraße

# <u>impressum</u>

Die 39Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg Stefan Denzler, Ralf Dischinger, etra Friedrich, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen): Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg, Tel. 0951/23777

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Peter Gack, Barbara Göb, Ulrike Heucken, MdB Ursula Sowa

Gerd Rudel, Judith Siedersberger, Sylvia Schaible, Erich Weiß

Karikatur: Christiane Pfohlmann

**Gestaltung und Satz:** Erich Weiß Verlag, Bamberg

Obermain Tagblatt, Lichtenfels

### Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamperg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 64 / Mai 2005

## Pachtfreie Zone Schillerplatz?

Die Stadt Bamberg lässt sich wieder mal vorführen, diesmal von den Pächtern der Theatergaststätte am Schillerplatz.

Nachdem die Sanierungsarbeiten im Theater beendet waren, übernahmen sie im Herbst 2003 die Gaststätte per Mietvertrag von der Stadt. Doch zu Beginn gab es Probleme: Wegen Bauverzögerungen und Baumängeln konnte das neue "Hoffmann's" nicht wie geplant öffnen. Dieser Fall war vertraglich geregelt: Bei nicht fristgerechter Fertigstellung hatten die Pächter das Recht, die Hälfte der Pacht einzubehalten.

Doch die Hoffmann's-Betreiber zahlten überhaupt nichts und begründeten dies wieder und wieder mit baulich bedingten Umsatzeinbußen.

Im Juli 2004 fragte die GAL-Fraktion nach, woraufhin die Stadtverwaltung im Finanzund Wirtschaftssenat berichtete: Aus ihrer Sicht bewegten sich die baulichen Nachbesserungen im üblichen Rahmen. Denn es "dürften ab dem 1.2.2004 keine Einbußen mehr entstanden sein (...)", hieß es im Sitzungsvortrag.

Das Amt für Wirtschaft habe die Pächter aufgefordert, ab diesem Zeitpunkt die volle Pacht zu zahlen. Das sei nicht geschehen, weswegen man am 5.7.2004 die Rückstände nochmal angemahnt habe. Kulturreferent Hipelius stellte aber erfolgreiche Verhandlungen mit den Pächtern in Aus-

Auf nochmalige Nachfrage der GAL stellte sich im März 2005 jedoch heraus, dass "Hoffmann's" am Schillerplatz fröhlich Kasse macht, die ausstehenden Pachtzahlungen aber (nach nunmehr zwei Jahren!) immer noch nicht getätigt hat - in welcher Höhe, wurde von der Stadtverwaltung bisher nicht genau beziffert. Dennoch setzt Bürgermeister Hipelius auf eine "einvernehmliche Lösung" und will prüfen, ob die Pächter zu Recht Umsatzeinbußen geltend machen.

Eine ausgesprochen schonungsvolle Haltung gegenüber Gastwirten, die ohnehin schon ins Füllhorn der Stadt greifen durften. Im Rahmen der Sanierung wurde ihnen eine nagelneue Kücheneinrichtung finanziert, weil man angeblich keinen Pächter fand, der dies selbst finanzieren wollte.

Und die Hoffmann's-Küche dürfte vom Feinsten sein: Sage und schreibe 250.000 Euro hat sie gekostet, wofür die Stadt eigens ein Anwesen veräußerte, den Markusplatz 12, wo bis zur Eröffnung des neuen Theaters die Studiobühne untergebracht war.